

Aus der Ökumene

Die panorthodoxe Konferenz auf Rhodos

Die panorthodoxe Konferenz, deren Zustandekommen seit zehn Jahren immer wieder diskutiert und hinausgeschoben worden war, ist Wirklichkeit geworden. Sie wurde vom 24. September bis 1. Oktober 1961 auf der griechischen Insel Rhodos, die zum Jurisdiktionsbereich des Patriarchen von Konstantinopel gehört, abgehalten.

Vorbereitung

Der Vorbereitung der Konferenz diente in diesem Jahr ein im Patriarchat Konstantinopel zusammenlaufender reger Briefwechsel der Oberhäupter aller orthodoxen Kirchen, dessen Einzelheiten jedoch nicht bekanntgegeben wurden. Bei der Zurückhaltung der verantwortlichen Stellen konnten auch die Gründe für das Scheitern der Konferenz im vorigen Jahr nicht eindeutig geklärt werden (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 115 ff.). „Politische Hindernisse und ungünstige Umstände“ hätten bisher eine panorthodoxe Zusammenkunft verhindert, sagte der Metropolit Spyridon von Rhodos in einer Ankündigung zur Konferenz (Oepd, 2. 6. 61), doch geht daraus nicht hervor, inwieweit diese Gründe auch für die Verschiebung der Konferenz vom vorigen Jahr bestimmend waren und ob sie speziell hinsichtlich der Teilnahme der Russischen Kirche galten, wie oft behauptet wird.

Bereits Ende Juli/Anfang August 1960 hatten sich die Patriarchate Antiochien, Jerusalem, Alexandrien, Moskau, Belgrad, Bukarest und die Kirche von Griechenland für eine Verschiebung ausgesprochen („Proche Orient Chrétien“, Vol. X, Nr. 4, S. 345; „Apostolos Andreas“, 3. und 10. 8. 60), die dann vom Heiligen Synod des Patriarchats Konstantinopel auf seiner Sitzung am 16. 8. 1960 offiziell bekanntgegeben wurde („Apostolos Andreas“, 24. 8. 60). Wenn nach Jahresfrist sämtliche orthodoxe Kirchen die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz vom 24. 9. bis 1. 10. 1961 schließlich angenommen haben, müssen Ereignisse eingetreten sein, durch die gewisse Hindernisse aus dem Weg geräumt werden konnten.

Man wird nicht in der Annahme fehlgehen, daß das entscheidende Ereignis die Orientreise des russischen Patriarchen Alexius im Dezember 1960 war; sie gab ihm Gelegenheit, an Ort und Stelle die großen Probleme der Orthodoxie mit den Führern der östlichen orthodoxen Kirchen zu erörtern. Der ein Vierteljahr danach gestellte Antrag der Russischen Kirche zur Aufnahme in den Weltrat der Kirchen ließ erkennen, daß einer der wichtigsten Besprechungspunkte auf jener Reise das Verhältnis der Orthodoxie zur Ökumenischen Bewegung gewesen war. Mitte Juli wurde bekanntgegeben, daß auch die Rumänische Kirche Aufnahmeantrag in Neu-Delhi stellen würde (Oepd, 14. 7. 61).

Somit ist jetzt in einem bisher stark umstrittenen Punkt Übereinstimmung erreicht. Man muß sich erinnern, daß die Russen im Jahr 1953 noch die Teilnahme des Patriarchats Konstantinopel an der Ökumenischen Bewegung als einen Ausdruck „neo-papistischer Tendenzen“ bezeichnet hatten, mit denen es die Einheit der Orthodoxie mißachtet und das Zustandekommen eines panorthodoxen Konzils bisher unmöglich gemacht habe (vgl. Herder-Korrespon-

denz 8. Jhg., S. 196 f.). Inzwischen wurde ferner bekannt, daß Alexius in Istanbul zwischen dem Patriarchen von Konstantinopel und dem von diesem nicht anerkannten bulgarischen Patriarchen vermittelt hatte (Oepd, 11. 8. 61). Als Ergebnis dieser Vermittlung gab der Ökumenische Patriarch am 27. 7. 1961 die seinerzeit verweigerte Zustimmung zur Erhebung der Bulgarischen Kirche zum Patriarchat und zur Wahl des Patriarchen Kyrill („Apostolos Andreas“, 2. 8. 61). Patriarch Athenagoras I. hatte, wie erinnerlich, die Wahl Kyrills im Mai 1953 als unkanonisch und als einen weiteren Schritt auf dem Wege der Verwandlung der orthodoxen Kirchen zu Werkzeugen des Sowjet-Imperialismus bezeichnet (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 19 ff.). Die nunmehr in Ausübung der kirchlichen „Oikonomia“ ausgesprochene Anerkennung begründete er als einen Akt der Liebe im Geiste der Einen Heiligen Katholischen und Apostolischen Orthodoxen Kirche, stellte sie jedoch als Provisorium unter den endgültigen Spruch eines Ökumenischen Konzils, das allein das Recht habe, eine Kirche in ihrem Rang zu erhöhen.

In der Tat wäre ohne die vorherige Bereinigung der bulgarischen Frage ein gesamtorthodoxes Treffen kaum möglich gewesen. Es lag natürlich in erster Linie am Patriarchen von Konstantinopel, die Hindernisse und Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, die das Zustandekommen der Konferenz in Frage stellten, denn ein nochmaliges Scheitern wäre nicht nur ein Mißerfolg der gesamtorthodoxen Bemühungen, sondern auch ein Prestigeverlust dieses Patriarchats gewesen, das mit der Konferenz seinen Ehrenprimat in der orthodoxen Welt zu bestätigen und zu festigen trachtete, um solchermaßen gestärkt die angesichts des Konzentrationsprozesses in der Ökumenischen Bewegung und des bevorstehenden Weltkonzils der Römischen Kirche zur Bewahrung aufgerufene Orthodoxie wirksam inspirieren und ihre in Bewegung geratenen Kräfte leiten zu können. Für dieses Ziel mußten noch andere, bisher hartnäckig Moskau gegenüber verteidigte Positionen aufgegeben werden.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß nach der Einigung über die finnische Autonomie (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 71) noch einige weitere kanonisch-jurisdiktionelle Streitfragen zwischen Moskau und Konstantinopel in der Schwebe blieben, so vor allem der Status der von Moskau als autokephal erklärten Kirchen in Polen und der Tschechoslowakei und die kanonische Zugehörigkeit der russischen Emigration. Über diese Dinge ist in letzter Zeit des öfteren verhandelt worden, doch wurden Einzelheiten nicht veröffentlicht. Über die orthodoxe Kirche in Polen hatte der Heilige Synod in Istanbul schon am 3. 5. 1960 auf Vorlage der Synodal-Kommission für panorthodoxe Angelegenheiten hin einen Beschluß gefaßt („Apostolos Andreas“, 1. 6. 60). Jetzt trat diese Kirche auf der Konferenz von Rhodos vollberechtigt neben den anderen autokephalen Kirchen auf. Ebenso mußte das Erscheinen einer Delegation der orthodoxen Kirche der Tschechoslowakei hingenommen werden, wenn auch das Patriarchat Konstantinopel diese Autokephalie nach wie vor nicht anerkennt (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 316 f.). Auch über die russische Emigration hat man sich noch nicht einigen können. In

einem Telegramm, das im „Apostolos Andreas“ vom 5. 7. 1961 erwähnt wurde, unterbreitete der Moskauer Patriarch erneut seine diesbezüglichen Vorschläge, und ein Bericht aus Athen (a. a. O., 23. 8. 61) sprach von einem offenbar sehr unbestimmten „Abkommen“ zwischen beiden Patriarchaten, wonach ein Weg gefunden werden soll, um dieses Problem zu lösen. Der Jerusalemer Patriarch hat in den vergangenen Jahren wiederholt den Bischöfen des sogenannten Karlowitzer Synods geistliche Handlungen an den ihm unterstehenden heiligen Stätten untersagt und damit den Standpunkt der Moskauer Kirche unterstützt, wonach diese auslandsrussische Gruppe schismatisch und ohne kanonische Grundlage ist („Ekklesia“, 15. 4. 61). Vor allem geht es aber um die Pariser Gruppe der russischen Emigration, die mit ihrem bedeutenden Theologischen Institut der Jurisdiktion Konstantinopels untersteht. Sogar hier scheint Konstantinopel zum Nachgeben bereit zu sein, falls sich Moskau dafür nicht seinem Führungsanspruch und seinen weitergehenden Plänen ernsthaft entgegenstellt. Jedenfalls fühlt man sich in den Pariser orthodoxen Kreisen einem unmißverständlichen Druck Konstantinopels ausgesetzt, das den freiwilligen Übergang seines Pariser russischen Exarchats zum Moskauer Patriarchat sehnlichst herbeiwünsche.

Das heikle Problem der — nicht nur russischen — Emigration aus östlichen Ländern wurde dadurch umgangen, daß Konstantinopel die Einladungen zur Konferenz nur an die autokephalen Kirchen richtete und die ursprüngliche Absicht fallengelassen wurde, auch die autonomen Kirchen einzuladen. Der schon erwähnte Bericht aus Athen („Apostolos Andreas“, 23. 8. 61) zählte als eingeladene Kirchen auf: die vier alten östlichen Patriarchate, die Kirchen von Griechenland und Zypern, die Patriarchatskirchen von Rußland, Serbien, Rumänien, Bulgarien und die Kirchen von Polen und Albanien. Hinsichtlich der albanischen Kirche, deren augenblicklicher Status von Konstantinopel nicht anerkannt wird, heißt es in der Meldung, es gelte die Bedingung, daß sich diese Kirche den kanonischen Regeln unterwirft und Kontakt mit dem Ökumenischen Patriarchat aufnimmt. Nach dieser Linie waren also jeweils vier Patriarchate und zwei weitere autokephale Kirchen aus den Ländern innerhalb und außerhalb des kommunistischen Blocks eingeladen. Eine albanische Delegation erschien nicht, die Russen konnten sich angesichts des sowjetisch-albanischen Zerwürfnisses nicht für eine Vertretung der albanischen Kirche einsetzen. Dafür erklärten sie bald nach dem Zusammentreten der Konferenz, auch mit der Vertretung der georgischen orthodoxen Kirche beauftragt zu sein.

Die Arbeit der Konferenz

Von vornherein hieß es, daß keine bestimmten Beschlüsse gefaßt werden sollten, sondern ein allgemeiner Gedankenaustausch über die großen Probleme beabsichtigt sei, denen sich die Orthodoxie heute gegenübersteht. In erster Linie sollte die Konferenz in Fortsetzung der panorthodoxen Theologenkonzferenz von 1930 auf dem Berg Athos das Studienmaterial für eine kommende gesamtorthodoxe Pro-Synode vorbereiten. Eine Traktandenliste hierfür wurde am 4. 5. 1961 vom Heiligen Synod des Patriarchats Konstantinopel als Grundlage für die Besprechungen auf Rhodos angenommen (veröffentlicht in „O orthodoxos paratiritis“, Nr. 496, Juli 1961). Sie umfaßt folgende Ab-

schnitte: 1. Glaube und Dogma; 2. Gottesdienst; 3. Kirchliche Verwaltung und Verfassung; 4. Interorthodoxe Beziehungen; 5. Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen; 6. Die Orthodoxie in der Welt; 7. Allgemeine theologische Themen; 8. Soziale Probleme.

Die Vorgänge auf der Konferenz waren für die Presse und für die eingeladenen Gäste und Beobachter nur schwer einsehbar, da die sechs Arbeitsausschüsse in geschlossenen Sitzungen berieten. Da sich ferner die Konferenz auf der Grundlage der Liebe und Rücksichtnahme auf die besondere Lage jeder beteiligten Kirche das Prinzip der Einmütigkeit zu eigen gemacht hatte (anscheinend auf die Initiative Konstantinopels hin), ist es für den Außenstehenden außerordentlich schwer, die hinter dem Vorhang der Geheimhaltung und des Kompromisses verborgenen inneren Auseinandersetzungen richtig zu erkennen und einzuschätzen. Am ehesten lassen sich gewisse Tendenzen der Verhandlungen aus einem Vergleich zwischen der von Konstantinopel vorgelegten und der endgültig angenommenen Traktandenliste der Themen für eine künftige Pro-Synode ablesen.

Dominierender Konservatismus

In theologischer Hinsicht erbrachte die Diskussion in gewissen Punkten eine gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von Konstantinopel deutlich wahrnehmbare Ablehnung „modernistischer“ Tendenzen, um deretwillen sich Konstantinopel bisher schon immer der Kritik der Traditionalisten ausgesetzt sah, die dem Patriarchen Athenagoras seine enge Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Bewegung verübeln (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 116 f.). Dem Konservatismus wurde auf der Konferenz von Rhodos nicht nur von den Bischöfen der Kirche von Griechenland, sondern auch von den Russen zum Siege verholfen. So wurde die Diskussion über den Schriftenkanon aus der Themenliste gestrichen und an ihre Stelle die (auch im ursprünglichen Entwurf enthaltene) göttliche Inspiration der Heiligen Schrift gesetzt. Ergänzend wurde der Punkt „Wissenschaftliche Herausgabe des byzantinischen Textes des Neuen Testaments“ aufgenommen, wofür sich zweifellos die Russen einsetzten, da sie schon früher mit der Forderung aufgetreten waren, den byzantinischen *textus receptus* als alleinige Grundlage jeder Bibelübersetzung anzuerkennen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 414). Bemerkenswerterweise wurde auch die immer wieder geforderte zweite Priesterehe und die Verheiratung ordinierter Priester in der Orthodoxen Kirche von der Themenliste gestrichen. Die konservative Einstellung der Russen hinsichtlich des Problems liturgischer Neuerungen wurde Journalisten gegenüber von Erzbischof Nikodim, dem Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, folgendermaßen begründet: „Die Liturgie ist unsere Burg. Wenn wir hier Änderungen einführen, ist das unser Untergang“ (KNA, 11. 10. 61, Nr. 40, S. 7).

Politische Rücksichten

Eine zweite Gruppe von Änderungen des von Konstantinopel vorgelegten Entwurfs des Themenkatalogs der künftigen Pro-Synode läßt klar den Einfluß der Delegationen erkennen, die den Kirchen im kommunistischen Machtbereich angehörten und Rücksichten auf die ideologisch-politische Lage in der Heimat zu nehmen hatten —

Rücksichten, denen sich die Delegierten aus den freien Ländern nicht versagen konnten, wengleich sie nicht in der Verführung zur Idealisierung und Fehleinschätzung der wahren Lage der Kirche im kommunistischen Staatenblock stehen. Der Beratungspunkt „Gebrauch der Heiligen Schrift in Kirche, Familie und Privatleben“ mußte gestrichen werden, ebenso das in den kommunistischen Ländern höchst aktuelle Problem „Orthodoxie und Wissenschaft“. Von den sozialen Fragen, deren endgültige Themen eine Kommission unter Vorsitz des russischen Erzbischofs Nikodim festzulegen hatte, wurde der Punkt „Das Laienelement in der Orthodoxen Kirche“ fallengelassen. Allerdings braucht deshalb die künftige Pro-Synode nicht auf die Beratung hierüber zu verzichten; denn im Abschnitt „Heilige Liturgie“, dessen Einzelthemen eine Kommission unter Vorsitz des Alexandrinischen Vertreters festzulegen hatte, wurde das ursprüngliche Stichwort „Teilnahme der Laien am gottesdienstlichen und sakramentalen Leben der Kirche“ durch den Zusatz „... und am sonstigen Leben der Kirche“ erweitert. Auch andere Punkte, die von den Russen aus verständlichen Gründen abgelehnt wurden, können von der Pro-Synode durchaus unter anderen Rubriken verhandelt werden. Die auffallendste Streichung vorgeschlagener Themen auf russischen Protest hin betrifft die Beratung über die Mittel und Wege zur Bekämpfung des Atheismus und über die Entfaltung der orthodoxen Mission im In- und Ausland. Beides fällt in der Sowjetunion unter den Begriff der gesetzlich nicht zulässigen „religiösen Propaganda“. So konnte in die endgültige Themenauswahl nur die abgeschwächte Formulierung „Verbreitung der Lehre des Evangeliums in der Welt nach der orthodoxen Tradition“ aufgenommen werden. Entsprechend wurde der obengenannte Punkt hinsichtlich der Bekämpfung des Atheismus und anderer Irrlehren umredigiert: „Die Wege des Zeugnisses der Orthodoxie in der Welt nach der Tradition.“

Politische Einflüsse

Die Austragung einer dritten Gruppe von Meinungsverschiedenheiten erbrachte unter den Kapiteln „Die Orthodoxie in der Welt“ und „Soziale Fragen“ Zusätze zur ursprünglichen Themenstellung, die das Bemühen besonders der russischen und rumänischen Delegation verrieten, die Konferenz unter die Parolen der von den Kommunisten dirigierten Prager Friedenskonferenz zu zwingen. So finden sich neu aufgenommen die Punkte „Beitrag der orthodoxen Kirchen an den verschiedenen Orten zur Durchsetzung der christlichen Ideale des Friedens, der Freiheit, der Brüderlichkeit und Liebe unter den Völkern“ (wobei, wie KNA meldete, die Nennung des christlichen Ideals der Freiheit wiederum auf Antrag der Delegationen aus nicht-kommunistischen Ländern aufgenommen wurde), „Die Orthodoxie und die Rassendiskriminierungen“, „Die Orthodoxie und die Probleme der Christen auf dem Gebiet der raschen sozialen Umwälzungen“. Laut Berichten der Athener Presse sollen die Versuche der Russen auch der Aufnahme des „Kolonialismus“ und anderer Schlagworte der kommunistischen Propaganda gegolten haben, was jedoch den Bemühungen der freien Kirchen zu verhindern gelang (NCWC News Service, 2. 10. 61).

Die Initiative der freien orthodoxen Patriarchate und autokephalen Kirchen war gelähmt durch die Ungewissheit, ob man das in einer großen Rede des Moskauer

Erzbischofs Nikodim kulminierende, die Prager Thesen wiederholende Auftreten der Delegationen aus den kommunistischen Ländern als Zeichen der erzwungenen Auslieferung dieser Kirchen an die kommunistischen Machthaber oder als Zeichen der Sekundierung der atheistischen Kommunisten durch diese Kirchen zu werten hatte (vgl. den Sonderbericht über Rhodos von Otto Schüngel, KNA, 11. 10. 61). Es gelang immerhin, den rumänischen Antrag auf Aufnahme östlicher Friedensparolen in die offizielle Schlußbotschaft der Konferenz abzulehnen. Diese Botschaft ist rein religiösen Charakters und enthält die Worte des Friedens und der Einheit im neutestamentlich-christlich verstandenen Sinn (Text vgl. „La Documentation Catholique“, Nr. 1363, 5. 11. 61).

Das Verhältnis zu Rom

Wenn der Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel in seiner Eröffnungsrede sagte, alle Kirchen müßten zusammenarbeiten, um den die Welt bedrohenden Gefahren des Laizismus, Paganismus und Materialismus zu begegnen, dürften die Delegierten aus den kommunistischen Ländern innerlich kaum anderer Meinung gewesen sein, wenn sie auch in der Diskussion in anderer Richtung vorgehen hatten. Viel problematischer ist es um ihre innere Einstellung zu ihrem Verhältnis zur Römischen Kirche bestellt. Wenn sich besonders Erzbischof Nikodim des öfteren in einem scharf antirömischen Sinne äußerte, der an den Anti-Vatikan-Komplex der Sowjets erinnert, kann dies sowohl politisch als auch rein kirchlich interpretiert werden. Andererseits deuten verschiedene Anzeichen darauf, daß hinsichtlich des Verhältnisses zu Rom innerhalb des Moskauer Patriarchats keine Einmütigkeit herrscht.

Obwohl das Verhältnis zur Römischen Kirche nur einen Punkt in der langen Themenliste ausmachte, wurde es in den privaten Gesprächen der Konferenzteilnehmer immer wieder erörtert (NCWC News Service, 2. 10. 61). Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (13. 10. 61) war es „jedenfalls der auffälligste Gesprächsgegenstand auf der Konferenz in Rhodos“. Hierbei war die treibende Kraft der Patriarch von Konstantinopel. Vier römisch-katholische Geistliche waren von ihm als private Gäste eingeladen worden, und wenige Tage vor Konferenzbeginn hatte er einen hohen Würdenträger nach Rom entsandt, um Besprechungen mit Kardinal Bea zu führen (KNA, 11. 10. 61). Der russische Erzbischof Nikodim lehnte in Gesprächen mit Journalisten brüsk jede Teilnahme russischer Beobachter am Römischen Konzil auch auf Einladung hin ab und begründete dies mit der Ablehnung des päpstlichen Primatsanspruchs. Konstantinopel hatte in der ursprünglichen Themenliste unter dem Abschnitt „Orthodoxie und Römisch-Katholische Kirche“ vorgeschlagen: „Pflege freundschaftlicher Beziehungen im Geiste der Patriarchen-Enzyklika von 1920 und allgemein in Übereinstimmung mit den augenblicklichen günstigen Annäherungs- und Einheitstendenzen unter den christlichen Kirchen“. Dies war, wie A. Wenger in „La Croix“ (25. 10. 61) schrieb, ein stiller Hinweis auf das Römische Konzil, Erzbischof Nikodim beschuldigte aber den Vatikan, die Idee der christlichen Einheit als ideologische Grundlage für den Kampf gegen die „auf dem Wege der Demokratie vorwärtsschreitenden“, d. h. kommunistisch regierten Völker zu mißbrauchen. So wurde

dieser Punkt nur an zweiter Stelle und in folgender Kürzung aufgenommen: „Pflege von Beziehungen im Geiste christlicher Liebe unter besonderer Berücksichtigung der in der Enzyklika des Patriarchen von Konstantinopel von 1920 vorgesehenen Punkte.“ An erste Stelle gerückt wurde der zweite von Konstantinopel vorgeschlagene Punkt in folgender Fassung: „Studium der zwischen beiden Kirchen bestehenden positiven und negativen Punkte im Glauben, in der kirchlichen Verwaltung, in der Aktivität (besonders Propaganda, Proselytismus, Union).“ Wenn schließlich die Schlußbotschaft der Konferenz Christus das „einzige Oberhaupt der Hirten“ nennt, so kann auch hierin ein verdeckter Hinweis auf die orthodoxe Gegnerschaft gegen den römischen Primat gesehen werden, der wohl nicht allein russischer Initiative entspringt.

Union mit den östlichen Nationalkirchen in Sicht?

Der Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel beim Weltrat der Kirchen in Genf, Bischof Aemilianos Timiadis, hatte schon vor Zusammentritt der Konferenz als einen der wichtigsten Beratungsgegenstände die Wiedervereinigung mit den (monophysitischen) Kirchen der Armenier und Kopten (in Ägypten und Äthiopien), von denen Beobachter nach Rhodos eingeladen waren, bezeichnet.

Der Ökumenische Patriarch Athenagoras I. hat sich in letzter Zeit wiederholt sehr optimistisch über die Möglichkeit einer solchen Union geäußert und die Lehrunterschiede mehr als solche der Ausdrucksweise denn als solche des eigentlichen Glaubens bezeichnet. Der Anbahnung engerer Beziehungen zu den Monophysiten diente auch ein Besuch des Patriarchen in der syrischen Kirche in Istanbul („Alt-Katholische Kirchenzeitung“ 1961, S. 81). Das wichtigste Ereignis auf dieser Linie war aber ein Besuch des armenischen Katholikos Vazgen I. beim Ökumenischen Patriarchen in Istanbul am 8. 7. 1961. Der Katholikos war aus Sowjet-Armenien gekommen, um am Begräbnis des verstorbenen armenischen Patriarchen von Konstantinopel teilzunehmen. Seinen am nächsten Tag im Ökumenischen Patriarchat abgestatteten Besuch nannte „Apostolos Andreas“ (12. 7. 61) mit Recht ein historisches Ereignis, und zu Unrecht hat ihm die internationale Berichterstattung im Schatten des ein halbes Jahr zuvor stattgefundenen Besuchs des russisch-orthodoxen Patriarchen viel zu geringe Bedeutung beigemessen.

Es scheint, daß in der freundlichen Atmosphäre des Interesses und der Aufmerksamkeit, mit der die Konferenz die Vertreter dieser „kleineren östlichen Kirchen“, wie sie genannt werden, umgab, tatsächlich der Wiedervereinigungsprozeß mit ihnen eingeleitet wurde. Die hierzu unverändert angenommene Themenliste nennt die „Pflege freundschaftlicher Beziehungen zur Herstellung der Vereinigung mit diesen (Kirchen)“.

Im Verhältnis zu den übrigen christlichen Kirchen spiegelt der Themenkatalog die bekannten Abstufungen in der

Bewertung durch die Orthodoxen wider. Die Protestanten werden als „der Orthodoxie fernerstehend“, die Episkopalen und Anglikaner als „der Orthodoxie näherstehend“ bezeichnet. Während hinsichtlich dieser eine „weitere Annäherung im Licht der bestehenden positiven Voraussetzungen“ erörtert werden soll, spricht die Themenliste bei den Alt-Katholiken offen von ihren „offenbar gewordenen Tendenzen zur Union mit der Orthodoxen Kirche“.

Die Einheit der Orthodoxie

Alle Beobachter sind sich einig in der Bewertung der Konferenz von Rhodos als eines wahrhaft historischen Ereignisses, das nach zwölf Jahrhunderten die in verschiedenen Nationen isolierte und in ganz verschiedene historische Wege auseinandergerissene, einer zentralen Führung entbehrende Orthodoxie als eine religiöse Einheit erwiesen hat, deren Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen ist. Die innerlich gefestigte Orthodoxie wird eine um so gewichtigere Stellung in der Ökumenischen Bewegung einnehmen. Die orthodoxe Pro-Synode scheint nun nähergerückt, freilich werden erst ihre Beratungen und Auseinandersetzungen zeigen, welche Belastungen die nun enger geknüpften interorthodoxen Bande auszuhalten vermögen. Vorerst hat das Patriarchat Konstantinopel seine dominierende Stellung über die ihre Einheit in eindrucksvollen Konzelebrationen (Liturgiesprachen waren Griechisch, Russisch, Rumänisch, Arabisch) zum Ausdruck bringende orthodoxe Kirchengemeinschaft aufrechterhalten können. Den Vorsitz führte der Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel. Dieses Patriarchat hatte die Konferenz einberufen und die Grundlage ihrer Arbeit durch Versendung der Themenliste für die kommende Pro-Synode geliefert. Unklar ist, ob die Russen und die von ihnen angeführten Delegationen den Ehrenprimat Konstantinopels aus taktischen Gründen — zur Verschleierung künftiger Aktionen — oder aus ihrem gesamtorthodoxen Bewußtsein heraus nicht ernsthaft in Frage stellten. Auch ihr anscheinend verhältnismäßig gemäßigter Druck zur Aufnahme politisch gefärbter Thesen läßt sich nicht eindeutig einschätzen. War die Gegenwirkung aus den anderen Delegationen stark genug, oder hielten sich die Russen zurück, um nicht von vornherein auf Widerstand durch die 3. Vollversammlung des Weltrats der Kirchen zu stoßen, deren Entscheidung über den Aufnahmeantrag der Russischen Kirche ja nahe bevorstand? Bedenklich ist jedenfalls der vom Moskauer Patriarchen eingebrachte Vorschlag, die orthodoxe Pro-Synode in Moskau abzuhalten. Hiermit würde die vielversprechend zum Aufbruch gekommene gesamtorthodoxe Bewegung Gefahr laufen, in das Fahrwasser bolschewistischer Weltpolitik zu geraten, und es ist deshalb nicht damit zu rechnen, daß der Patriarch von Konstantinopel dazu sein Einverständnis geben wird.